

Entwicklungspolitik Kompakt



Nr. 16, 4. Oktober 2012

Weltentwicklungsbericht 2013: Jobs

Autor: Dr. Julia Kubny

Redaktion: Annemie Denzer

Weltweit sind derzeit rund 200 Millionen Menschen arbeitslos und suchen aktiv nach einem Arbeitsplatz. Allein zum Halten der aktuellen Beschäftigungsquote werden über die nächsten 15 Jahre 600 Millionen neuer Jobs benötigt. Knapp die Hälfte der weltweit rund drei Milliarden beschäftigten Menschen arbeiten in der Landwirtschaft, kleinen Familienunternehmen, Gelegenheitsjobs oder als Saisonarbeiter – oft unter desaströsen Bedingungen.

Die Schaffung von „guten Jobs“, die zu Entwicklung beitragen, sind daher laut Weltbank die zentrale entwicklungspolitische Herausforderung der kommenden Jahrzehnte. Dies war auch Anlass für die Weltbank, den diesjährigen World Development Report (WDR) dem Thema Jobs zu widmen.

Jobs schaffen Entwicklung – aber manche Jobs tragen mehr dazu bei als andere

Jobs oder Beschäftigung werden im WDR verstanden als Aktivitäten, die zum monetären oder Natureinkommen von Menschen beitragen, also auch selbstständige und informelle Beschäftigung. Beschäftigung entsteht nicht automatisch aufgrund von wirtschaftlichem Wachstum, trägt aber umgekehrt wesentlich zu Wachstum bei. Eine Hauptaussage des WDR ist daher, dass Jobs nicht hauptsächlich Ergebnis von Entwicklung seien, sondern vor allem Mittel, um Entwicklung zu erreichen. Sie bilden dabei die Grundlage für bessere Lebensstandards, höhere Produktivität und sozialen Zusammenhalt.

Manche Jobs sind besser für Entwicklung als andere, weil sie neben dem individuellen Wert für den Beschäftigten wichtige soziale Externalitäten haben – zum Beispiel die friedenssichernde Integration von Ex-Kombattanten oder das Empowerment von Frauen. Welche Typen von Jobs besonders viel zu Entwicklung beitragen, hängt von der Situation im jeweiligen Land ab.

Schlechte Infrastruktur und Zugang zu Krediten sind Haupthemmnisse für Jobs

Die Autoren betonen, dass es nicht die Rolle der Politik sei, Jobs zu schaffen. Dies muss vor allem vom Privatsektor geleistet werden – die Aufgabe der Politik liegt darin, die Voraussetzungen dafür sicherzustellen. Dazu gehören Standortfaktoren wie Infrastruktur, makroökonomische Stabilität und Rechtsstaatlichkeit. Insbesondere unzuverlässige Energieversorgung und mangelnder Zugang zu Finanzierung sind laut WDR immer noch Haupthemmnisse für das Wachstum von privaten Unternehmen.

Über die Gewährleistung dieser Bedingungen hinaus ist es essentiell, die landesspezifischen Herausforderungen bei der Schaffung von mehr Beschäftigung zu verstehen und anzugehen. Regierungen müssen individuelle Prioritäten setzen, welche Arten von Jobs im jeweiligen Land besonders wichtig sind. Sie sollten analysieren, warum es nicht mehr solcher Jobs gibt, und Hemmnisse für die Schaffung dieser Jobs entweder beseitigen oder ausgleichen. Dazu schlägt der WDR die Entwicklung nationaler Job-Agenden vor.

Entwicklungsländer brauchen eine nationale Job-Agenda – Acht Ländertypen

Hier liegt auch der hauptsächliche Mehrwert des WDR: Er definiert acht Ländergruppen nach Entwicklungsstand, institutionellen Rahmenbedingungen und natürlichen komparativen Vorteilen. Für jede Gruppe beschreibt er die spezifischen Herausforderungen und empfiehlt, welche Arten von Beschäftigung in diesem Kontext besonders gut zu Entwicklung beitragen können. Einige Empfehlungen sind im Folgenden aufgeführt:

- In *Agrarökonomien* wie Mosambik sind vor allem Jobs gefragt, die Armut bekämpfen. In der kleinbäuerlichen Landwirtschaft muss die Produktivität erhöht werden,

um höhere Einkommen zu erzielen. Zudem sollten Jobs angestrebt werden, die die Funktionsfähigkeit von Städten für ihre Aufgaben als Wachstumszentren erhöhen.

- In „*Urbanizing countries*“ wie Bangladesch haben Produktivitätssteigerungen in der Landwirtschaft Arbeitskräfte freigesetzt, die nun in höheren Wertschöpfungsstufen in Städten arbeiten. Hier sieht der WDR die Priorität bei Jobs für Frauen, umweltfreundlichen Jobs sowie Jobs in zunehmend höherwertigen Exportindustrien.

- In sich *formalisierenden Ländern* wie Mexiko decken formale (Arbeits-) Gesetzgebung und soziale Sicherungssysteme bereits einen großen Teil der Bevölkerung ab, dies soll auf die gesamte Bevölkerung ausgedehnt werden. Formalisierung kann laut WDR vorangetrieben werden durch effektivere und vereinfachte Regulierungen.

- In *Konfliktregionen* steht die Förderung des sozialen Zusammenhalts im Vordergrund. Hier haben Jobs für Flüchtlinge, Ex-Kombattanten und junge Männer, insbesondere im Bau und in der Infrastruktur, einen besonders großen Entwicklungsbeitrag.

- Länder mit *hoher Jugendarbeitslosigkeit* sollten sich darauf fokussieren, Jobs anhand von Produktivitätskriterien statt Privilegien zu vergeben um die Chancengleichheit zu verbessern.

- Weitere Empfehlungen beziehen sich auf kleine Inselstaaten, Ressourcenökonomie und alternde Gesellschaften.

Fazit

Der WDR plädiert dafür, Jobs ins Zentrum der entwicklungspolitischen Debatte zu stellen. Wachstumsstrategien reichen laut WDR in vielen Fällen nicht aus, um Verbesserungen von Lebensstandards, Produktivität und sozialem Zusammenhalt zu erreichen. Positiv ist hervorzuheben, dass der Bericht schwierige Fragen nicht scheut und auch unkonventionelle Ansichten berücksichtigt. Die Handlungsempfehlungen bleiben leider deutlich hinter der detaillierten Problemanalyse zurück: Wie die empfohlenen Arten von Jobs konkret gefördert werden können bleibt weitgehend offen. ■